

Meilenstein in der Firmengeschichte
11,5 Millionen Franken hat die Bina in ihre
neue Getränkeabfüllanlage investiert. 25

Die Einigkeit endet beim Geld

Politik Die Schaffung einer neuen 100-Prozent-Stelle im Tiefbauamt für den Langsamverkehr ist im Kantonsparlament umstritten. Das Ziel, Velos und Fussgänger zu fördern, ist es aber nicht.

Sebastian Keller
sebastian.keller@thurgauerzeitung.ch

Die meisten Ratsmitglieder wollen ans gleiche Ziel radeln. Die Meinungen gehen aber beim Weg und der Wahl des Velos weit auseinander. So lässt sich die gestrige Grossratsdebatte in Weinfelden zusammenfassen. Zur Diskussion stand das Langsamverkehrskonzept. Ziel ist es, den Langsamverkehr als dritte Säule – neben dem motorisierten Individualverkehr und dem öffentlichen Verkehr – zu etablieren. Der Anteil der Fortbewegungen mit Muskelkraft soll erhöht werden. Um die Massnahmen, die dafür nötig sind, umsetzen zu können, schlägt die Regierung im Budget 2018 die Schaffung einer 100-Prozent-Stelle vor. Damit soll eine Fachstelle eingerichtet werden. Formell ging es gestern zwar nicht um die Stelle. Im Mittelpunkt der Diskussion stand sie trotzdem.

Die FDP kündigt Antrag für die Budgetdebatte an

Toni Kappeler, Präsident der vorbereitenden Kommission (GP, Münchwilen), sagte: «Ohne Fachstelle bleibt das Konzept ein schönes Papier für die Schublade.» Auch Barbara Kern (SP, Kreuzlingen), die zusammen mit Kappeler das Konzept angeschoben hatte, sagte: «Es ist zwingend, dass sich eine Person im Kanton verantwortlich fühlt.» Christian Mader (EDU, Frauenfeld) befand: «Wir sind nicht davon überzeugt, dass es eine 100-Prozent-Stelle braucht. Wir unterstützen höchstens eine 50-Prozent-Stelle.» Das sahen auch andere so – vornehmlich aus dem bürgerlichen Lager. FDP-Kantonsrat René Walther (Landschlacht) kündigte an, seine Fraktion werde in der Budgetdebatte einen Streichungs- oder Ände-



Der Münchwiler GP-Kantonsrat und Kommissionspräsident Toni Kappeler.

Bild: Thi My Lien Nguyen

rungsantrag stellen. «Wir fordern Pragmatismus und Augenmass bei der Schaffung der Fachstelle und sehen daher eher eine Teilzeitstelle.» Kritisch äussert sich auch die SVP. «Wir finden, es sollen keine neuen Stellenprozente geschaffen werden», sagte Paul Koch (Oberneunforn). Die Fachstelle müsse mit bestehendem Personal gestemmt werden.

«Wenn es wirklich nötig ist, kann der Regierungsrat auch nach einem Jahr oder später noch reagieren.» Didi Feuerle (GP, Arbon) war anderer Meinung: «Wir Grünen fordern eine neue Vollzeitstelle im Tiefbauamt.» Zusammen mit der heutigen Fachstelle für Wanderwege ergebe sich eine mit 150 Prozent dotierte Organisationseinheit. Lucas

Orellano (GLP, Frauenfeld) sprach im Namen der GLP/BDP-Fraktion. «Wir brauchen eine Fachstelle. Warum? Gute Planung spart Geld.» Er sei der Meinung, dass diese auch kosten- und stellenneutral geschaffen werden könne. Als Starthilfe brachte Orellano eine Finanzierung aus dem wachsenden Fonds der Schwerverkehrsabgabe LSVA

ins Spiel. Sabina Peter (Ettenhausen) sagte für die CVP/EVP-Fraktion, dass es für die Umsetzung des Konzeptes eben Ressourcen benötige. «Sonst bleibt es ein zahnloser Papiertiger.»

E-Bike soll behandelt werden

In der Detailberatung äusserten sich weitere Kantonsräte. Viele auch zur Fachstelle. Urs Schär (SVP, Langrickenbach) befand, eine 100-Prozent-Stelle brauche es nicht. Marianne Sax (SP, Frauenfeld) argumentierte dafür. Sie hat ausgerechnet, dass sich heute in der ganzen Kantonsverwaltung lediglich eine Person einen halben Tag pro Woche mit dem Langsamverkehr beschäftigt. CVP-Kantonsrat Josef Gemperle (Fischingen) wiederum hat gezählt, dass sich 37 Personen im Tiefbauamt um den Strassenverkehr kümmern. «Beim Langsamverkehr haben wir Nachholbedarf.» Christine Steiger (SP, Steckborn) votierte für die Fachstelle. «Will man dem Kanton neue Aufgaben geben, braucht es dafür auch Personal.» Baudirektorin Carmen Haag sagte zur Diskussion: «Wenn es uns ernst ist, wird es diese zusätzliche Stelle brauchen.»

Verschiedentlich wurde in der Debatte der Umsetzungszeitraum bis 2030 kritisiert. Als zu wenig ambitioniert etwa. «Einige Massnahmen setzen wir sofort um, andere erst, wenn eine Strasse sowieso saniert werden muss», sagte Carmen Haag. In der Debatte wurde zudem mehrfach beklagt, dass dem E-Bike zu wenig Rechnung getragen werde. Die zuständige Regierungsrätin sagte, das Thema E-Bike werde im Rahmen des Gesamtverkehrskonzepts behandelt. Eine Überarbeitung dieses Konzepts wolle der Regierungsrat an seiner heutigen Sitzung beschliessen.

Gegner des PH-Neubaus formieren sich

Bildung Gestern meldete sich erstmals eine Gruppe von Gegnern des geplanten Bauvorhabens auf dem Gelände der Pädagogischen Hochschule in Kreuzlingen zu Wort. Ein Komitee mit dem Namen «Nein zu diesem teuren Bildungstempel» lädt für den Montag, 23. Oktober 2017, zu einer Pressekonferenz. An der Spitze des Komitees zeigen sich vier Kantonsräte: Alex Frei (CVP, Eschlikon), Aline Indergand (SVP, Altnau), Christian Mader (EDU, Frauenfeld) und Andrea Vonlanthen (SVP, Arbon).

Für den Erweiterungsbau an der Pädagogischen Hochschule in Kreuzlingen wird ein Kredit von 26,88 Millionen Franken beantragt. Das letzte Wort hat das Stimmvolk. Die Urnenabstimmung findet am 26. November statt.

Lange war kein organisierter Widerstand gegen das Bauprojekt auszumachen. In den Leserbriefspalten meldeten sich bisher ausschliesslich Befürworter zu Wort. Auch in der Diskussion im Grossen Rat vom vergangenen Juni war das Kräfteverhältnis eindeutig. Den 95 Befürwortern des neuen Schulgebäudes standen in der entsprechenden Abstimmung lediglich 12 Gegner gegenüber. (sme)

Palmöl-Kritik fließt nach Bern

Politik Nun wird der Thurgau definitiv in Bern vorstellig. Der Kanton unterbreitet der Bundesversammlung eine Ständesinitiative. Diese fordert, dass Palmöl aus einem allfälligen Freihandelsabkommen mit Malaysia auszuschliessen sei. Der Grosse Rat stimmte dem Beschlussentwurf der Regierung gestern mit 96 zu 10 Stimmen zu.

Die Regierung sprach sich ursprünglich dagegen aus, allerdings aus formellen Gründen. So könne mittels einer Ständesinitiative kein Einfluss auf laufende Verhandlungen genommen werden. Zudem sei der Bundesrat bereits hinreichend auf das Thema hingewiesen worden. Von den formellen Bedenken unbeeindruckt, hiess der Grosse Rat den Vorstoss bereits im Juni gut. Der erstunterzeichnende Motionär ist Daniel Vetterli (SVP, Rheinklingen). Insgesamt haben 70 Kantonsräte unterschrieben. (seb)

Häberli bei den Postagenturen

Vorstand Ständerätin Brigitte Häberli ist in den Vorstand des Postagenturverbands gewählt worden, teilt der Verband mit. Postagenturen stellen dort die postalische Grundversorgung sicher, wo keine traditionellen Poststellen mehr existieren. Rund 950 Postagenturen gibt es bereits in der Schweiz. (sme)

Fragen zur dschihadistischen Bedrohung

Politik Besteht im Thurgau eine Gefahr durch Dschihadisten? Wie kann die Früherkennung radikalisierter Muslime verbessert werden? Diese und weitere Fragen stellt SVP-Kantonsrat Pascal Schmid der Regierung.

Das Thema brennt den Kantonsräten unter den Nägeln. Den Vorstoss «Dschihadistische Bedrohung im Thurgau» aus der Feder des SVP-Kantonsrates Pascal Schmid (Weinfelden) haben 65 Kantonsräte mitunterzeichnet – jeder zweite. «Die Unterschriften sind mir nur so zugeflogen», sagt Schmid im Gespräch mit dieser Zeitung. Das Thema beschäftigte ihn schon länger. Auslöser für die nun eingereichte Interpellation war ein Interview mit Terrorismus-Experte Kurt Pelda in der «Thurgauer Zeitung» (Ausgabe vom 30. September 2017). Darin erzählte Pelda, dass es im Thurgau einige Leute gebe, welche Verbindungen zur Dschihadisten-Szene haben. Die Be-

hörden wüssten davon – auch weil die Personen vielfach Sozialhilfe beziehen. Doch die wenigsten staatlichen Stellen würden etwas unternehmen. Pelda ortet als Grundproblem den mangelhaften Austausch unter den Behörden. «Die Gemeinde weiss oft nicht, was die Polizei oder der Nachrichtendienst weiss, und umgekehrt», sagte Pelda im Interview. Diese Einschätzung teilt Pascal Schmid. «Der horizontale und vertikale Austausch funktioniert zu wenig.» Also jener zwischen verschiedenen Behörden und zwischen den verschiedenen Ebenen des Staates.

«Die Schweiz ist keine Insel», sagt Kantonsrat Schmid. So erinnern auch die Betonelemente

und Strassensperrungen an der Wega daran, dass die Bedrohung sehr real sei – auch hier im Thurgau. «Das dumpfe Gefühl der Bedrohung verunsichert die Bevölkerung», sagt er. Für ihn ist klar: «Wegschauen ist die falsche Strategie.»

Genügen die rechtlichen Grundlagen?

Mit sechs Fragen verlangt der SVP-Kantonsrat Auskunft zum Thema. So will er erfahren, wie der Regierungsrat die Gefährdung durch radikalisierte Muslime und Dschihadisten im Thurgau beurteile. Ferner fragt er nach präventiven und repressiven Mitteln. Zudem will er wissen, was der Regierungsrat unterneh-

me, um Personen zu überwachen, ihnen den Aufenthaltsstatus zu entziehen und sie aus dem Land zu schaffen. «Wie viele Personen stehen derzeit unter polizeilicher Beobachtung?», fragt er.

Schmid will ferner erfahren, wie die Früherkennung von Radikalisierten verbessert werden könne, und ob die Behörden zusätzliche Mittel und Möglichkeiten benötigen. Auch Fragen zu einem Merkblatt hat der Politiker. Vor zwei Jahren rief die Kantonspolizei Vereine, Schulen und Behörden mit dem Merkblatt dazu auf, Personen, die sich möglicherweise radikalisieren, zu melden. Schmid will nun wissen, was damit erreicht wurde und wie viele Hinweise eingegangen sind.

Schliesslich fragt er, wie die gegenseitige Information der Behörden verbessert werden könne und ob die vorhandenen rechtlichen Grundlagen genügen.

Für die Beantwortung der Interpellation hat die Regierung maximal ein Jahr Zeit. Danach wird das Thema auch im Kantonsparlament diskutiert. Die Regierung äusserte sich im Jahr 2014 bereits einmal dazu, als SVP-Kantonsrat Jürg Wiesli (Dozwil) eine einfache Anfrage einreichte. Damals lautete die Antwort: «Die Kantonspolizei sieht derzeit keine oder nur eine geringe Gefahr im Kanton Thurgau.»

Sebastian Keller
sebastian.keller@thurgauerzeitung.ch